

Landes-Zeitung

halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Landes-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Druckpreis beträgt 2.00 Reichsmark. Der Einzelheftpreis 1.00 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark. In 26 Pfennig-Heften. 6 Hefen für 1.50 Reichsmark. Die Preislisten werden nach Bedarf-Jahresbeständen, die Zeile 0.25 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Dr. Paul Wilhelm v. Kappeler, Bischof von Rotterdam, ist gestern vormittag 9 Uhr im Alter von 74 Jahren infolge Herzlähmung gestorben. Der Reichspräsident und Reichsminister haben Beileidstelegramme geschickt.

Anfang der kommenden Woche beginnen die Besprechungen des Reichsarbeitsministers mit Vertretern der Industrie. Sie betreffen eine Teilnahme der deutschen Industrie an den Maßnahmen zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit durch eine künftige produktive Erwerbslosenfürsorge. Für kommenden Monat ist auch in den anderen Angelegenheiten eine Konferenz der Länderregierungen vorgesehen.

In Berlin traf gestern mit dem Chef der russischen Militärmission an Bord des 1. sowjetischen Flugzeuges ein. Bei der Zwischenlandung in Königsberg wurde es u. a. von den Vertretern der Stadterhaltung, des Messens und der Handelshochschule begrüßt.

Ein Ebert-Kathenau-Erzberger-Denkmal will das Reichsbanner Schwarz-rot-Gold auf dem höchsten bei Witten (Ruhr) errichten. Die Einweihung soll am 8. August stattfinden.

Der Berliner polnische Gesandte hat dem Vertreter der „Gazeta Warszawska“ erklärt, daß die polnische Regierung die Entschädigungsansprüche der vertriebenen deutschen Ansiedler und Domänenbesitzer, die Deutschland auf 400 Millionen Reichsmark festsetzt, als zu dieser Frage die Entscheidung liegt bei der Gemischten Kommission in Paris.

Die „Beece“ aus Warschau erklärt, sollen in nächster Zeit nicht weniger als 38 polnische Generale in Pension geschickt werden, darunter auch der ehemalige polnische Ministerpräsident General Sikorski.

Die italienischen Zeitungen „Corriere“ und „Secolo“ sehen nur ganz verneint die italienische Niederlage in Tripolis (Kordofan) bekannt. Die Schwere der Verluste ist aber einer Escorombung zum Bewußtsein zu entnehmen, wonach der Panzerkreuzer „Ambergo“ mit 5000 Mann Besatzungen ausgelassen ist.

Wie aus Mailand gemeldet wird, sind wegen der am Sonntag in Kuffstein bei Einweihung des Andreas-Hofer-Denkmal geschulden Nebenklagen der italienischen Regierung in Wien erledigt.

Der Pariser „Journal“ meldet aus Kiffon: Die neue Revolution ist durch Belgien beendet worden. General Coffa hat seine Ansprüche gegen finanzielle Entschädigungen aufgegeben. — Der Mann ist wenigstens so ehrlich, seine Interessen nach hinten zu rücken.

Der spanische Diktator Primo de Rivera erklärte Pariser Zeitungscorrespondenten, der französische Ministerpräsident Briand habe ihm die formale Versicherung gegeben, daß er Spaniens Ansprüche auf einen künftigen Restloß in Senegal zurücklassen werde. — Da auch England Spanien unterstützt, wird es in Senegal zugehen, sofern Briand, nicht wie üblich, wieder umfällt.

In Bré de Gerzais bei Paris fand eine Kundgebung der Gewerkschaften Klostauer Richtung von Paris und Umgebung gegen die Lebensmittellieferung, die Finanzpläne der Regierung, das Schuldentragungsabkommen von Washington und für den nächsten Sonntag statt. Nach der Demonstration ist nach Schluß der Versammlung zu einem Zusammenstoß mit der Polizei gekommen, bei dem mehrere Personen verletzt wurden.

In der Oberstraße in London wurde eine Volksversammlung abgehalten, um gegen die Einmischung von Comjeteaganten in britische Angelegenheiten Einspruch zu erheben und den Abbruch der Beziehungen zu verlangen.

Der amerikanische Staatssekretär des Innern hat dem Comjeteagantenkommissionar Goldstein das Schreiben der Vereinigten Staaten verboten, Goldstein sollte nach Rom gehen, um die Beziehungen zwischen den beiden zu klären.

Sturz des Franken auf 208.

Der knappe Kammerstog des neuen französischen Kabinetts Briand-Gaillaud hat den in immer schnellerem Tempo vor sich gehenden Sturz des Franken nicht aufhalten können. Zwei Gründe dürften dazu vor allem mitwirken:

1. Es besteht außerordentlich wenig Aussicht, daß die französische Kammer dem Finanzminister Gaillaud die von ihm und von der Regierung verlangten außerordentlichen Finanzmaßnahmen bewilligt. Damit würde nicht nur die Stellung des Kabinetts aufs neue sehr trübselig, sondern vor allem schwebend die Hoffnung, der parlamentarischen Wirtschaft, die das Währungsleben verschuldet, ein Ende zu machen, bis Budget und Währung geheilt sind. Bisher besteht aber im demokratischen Frankreich die Großirrtum, und viele trotz Gaillaud nicht, trotzdem er in einem Finanzprogramm klar von den unerschütterlichen Wänden der Sozialisten abgerückt ist. Ohne distanzierte Maßnahmen sind bei der betamten Steuerheben der Franzosen die nötigen Einnahmen nicht zu schaffen.

2. Der zweite Grund ist die Unnachgiebigkeit Amerikas gegenüber den französischen Wünschen einer weiteren Erleichterung der Schuldverpflichtungen gegen Amerika. Dadurch hat sich einerseits die innerfranzösische Opposition gegen die von Gaillaud geforderte Annahme des verheerenden Schuldabkommens mit Amerika verschärft und also die Lage des Kabinetts verschlechtert, andererseits haben alle Anleiherische auf die amerikanische Vergrößerung, die den Amerikanern auch die Luft nimmt, den Franken inmitten zu führen.

Das Ergebnis ist, daß die in der Berliner Börse der französische Frank bis auf 208 für 1 Pfund Sterling heranziegt. Nachträglich trat eine kleine Erholung auf 206½ ein, doch sind weitere Kursrückgänge zu erwarten, zumal zu dem Rückgang außer dem vorstehend genannten politischen Grund noch mitwirkt, daß laut Aussage der Bank von Frankreich die Regierung inzwischen neue Maßnahmen nehmen mußte und auch die Handelsbilanz eine ungünstige Entwicklung zeigt.

Die französische Kammer dem Finanzminister Gaillaud die von ihm und von der Regierung verlangten außerordentlichen Finanzmaßnahmen bewilligt. Damit würde nicht nur die Stellung des Kabinetts aufs neue sehr trübselig, sondern vor allem schwebend die Hoffnung, der parlamentarischen Wirtschaft, die das Währungsleben verschuldet, ein Ende zu machen, bis Budget und Währung geheilt sind. Bisher besteht aber im demokratischen Frankreich die Großirrtum, und viele trotz Gaillaud nicht, trotzdem er in einem Finanzprogramm klar von den unerschütterlichen Wänden der Sozialisten abgerückt ist. Ohne distanzierte Maßnahmen sind bei der betamten Steuerheben der Franzosen die nötigen Einnahmen nicht zu schaffen.

Fremde Herzte am Krankenbett.

Die heurnehmende Lage ihres Schulden Frankreich veranlaßt die Gläubigerstaaten, ihre finanziellen Vertrauenssätze an das Krankenbett des Franks zu schicken. Seit längerem weilen, wie bereits gemeldet, die Leiter der englischen und der amerikanischen Staatsbank in Antwerpen an der französischen Riviera, und zwar zusammen mit dem Generalagenten für die deutschen Reparationszahlungen, dem sich laut übereinstimmenden Meldungen des Pariser „Journal“ und „Temps“ seit Freitag auch der Reichsminister Dr. Schmidt zugesellt hat.

Jetzt meldet die offizielle englische Reuteragentur, daß der englische und der amerikanische Staatsbankbetreiber sich in den nächsten Tagen nach Paris begeben werden, und daß der Reparationsagent Parter Gilbert „erst am Monatsende nach Berlin zurückkehren wird“, also ebenfalls ebenfalls mit nach Paris geht.

Offizielle Abgabe Afrikas.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Washington hat Schakelreiter Mellon hinsichtlich der in der Öffentlichkeit geäußerten Vergleiche der Schuldenregelungen Frankreichs mit England und Amerika in einer formellen Mitteilung erklärt, daß Amerika die Verbindlichkeiten Frankreichs aus den während des Krieges erhabenen Vorkäufen gelassen habe und daß Frankreich in dem Weltanleiheren-Abkommen nur die Befugnis hat, auf den Weltanleiheren folgenden Vorkäufen und Verbindlichkeiten auf sich genommen habe. Frankreich habe von keinem anderen Gläubiger eine so entgegenkommende Behandlung erfahren.

Angesichts der Unbestimmtheit, daß Gaillaud eine Änderung des Abkommens zu erreichen veruchen würde, wird die Mitteilung Mellons in amtlichen Kreisen als endgültige Klärung einer solchen Abänderung angesehen.

ermächtigt des „Echo“ ausdrücklich zur Festhaltung der von ihm beschriebenen finanziellen Forderungen in der Sitzung des Reichstages am 21. Juni beschlossen worden sind.

Vorläufig bleibt die Mittelskommission!

Das halbamtliche Pariser „Journal“ stellt die Berliner Meldung von einem bevorstehenden Ende der Kontrollkommission dahin richtig, daß das Ende ausschließlich von der zeitlichen Erfüllung der neuen Entschädigungsvorgaben abhängig ist. Reineswegs werde die Kontrollkommission vor Ende dieses Jahres ihren Berliner Posten verlassen.

Freitag früh ist in Versailles der Oberste Militärat unter Großs Vorhug zu einer Sitzung zusammengetreten. Der „Matin“ schreibt: Die fortgesetzten Aktionen des deutschen Reichsoffiziers bei Briand verlangen getriebener eine Klärung der Besatzungsfrage. Es sei aber unannehmlich, daß Reichsoffizier hoch vor Annahme seiner letzten Entschuldigungsverträge sich anders äußern werde, als er sich vor sechs Wochen gattlosig geäußert habe.

General Weich wird sich in den nächsten Tagen zu längerem Urlaub von Berlin nach Paris begeben.

Wieder ein Deutscher von Jeangosen erschossen.

Im Preussischen Landtag ist folgende kleine Anfrage der deutschen nationalen Fraktion eingegangen:

„Im Geiste von Doornik ist wieder einmal ein wehrloser Deutscher von französischen Soldaten niedergemetzt worden. Die Tat ist vor einigen Tagen im Saargebiet geschehen, wo sogar nach dem Friedensvertrag überhaupt keine französische Soldaten vorzulassen sind. Es scheint, daß durch diese Tat auch im Saargebiet immer wiederholenden Vergänge die Stimmung immer verschlechtert werden soll, die das Weibchen der Truppen auch vor dem Rücktritt redigieren soll.“

„Wie geht das Staatsministerium im Benehmen mit der Reichsregierung das Leben wehrloser Staatsbürger und die Rechte preussischer Soldaten zu schützen?“

Doppelkopf.

Ein Oberpräsident und sein Zeitungsartikel

Der oberste Beamte unserer Provinz, Oberpräsident Försting, hat einen hochinteressanten Artikel geschrieben, der gleichzeitig im demnächstigen „Berliner Tageblatt“ und im sozialistischen „Vorwärts“ als Beilage in den Monatsnummern vom 14. Juli, und ferner in demnächstigen „Berliner Tageblatt“, erschienen ist.

Interessant ist zunächst das gleichzeitige Erscheinen in den beiden Berliner Zeitungen, das ist journalistisch wie parteipolitisch durchaus geschicklich. Es mag erklärt werden aus nebenamtlichen Doppelgängerarbeit des Oberpräsidenten als Sozialdemokrat und aus dem „überparteilichen“ Reichsbanner, sowie aus den innigen Zusammenhängen der sozialistischen und dem demokratischen Partei Berliner Richtung. Immerhin ist es bezeichnend, daß nach der Ablehnung des Fürtentkommissionsgesetzes durch die Reichsversammlung die Partei in der Provinz gegen die Sozialisten hervortritt. Die Brüderlichkeit ist also wiederhergestellt.

Interessanter noch ist der Inhalt des Artikels. Er ist eine Antwort auf eine deutschlandweite Landtagsanfrage über die Behauptung Förstings auf der Reichsbannergeneralversammlung, das derzeit, wo zwei Millionen Deutsche erwerbslos sind, „erlaubt und unerlaubt Werte für etwa 400 000 ausländische Landarbeiter hier (in Deutschland) aufhalten dürfen und Arbeit haben.“ Die ausländischen Landarbeiter sind nur in Lande, weil sie Lohnarbeiter gegenüber den deutschen Arbeitern und wirtschafliche Wertzeuge in den Händen der deutschen Wirtschaft sind.

In seinem Artikel hält Oberpräsident Försting nicht nur diese Behauptungen aufrecht, sondern erachtet, daß es noch viel mehr ausländische Arbeiter sind, wie er in folgender „Bilanz“ zeigt:

1. Beherrschend ausgedehnte landwirtschaftliche Arbeiter mit Legitimation 130 000
2. In den Bannern ohne Legitimation 80 000
3. In Betrieben allein von den Agraren verarbeitete Ausländer ohne Legitimation 145 000
4. Kinder über 16 Jahre, die bei Arbeit der Arbeiter 300 000

Zusammen 785 000

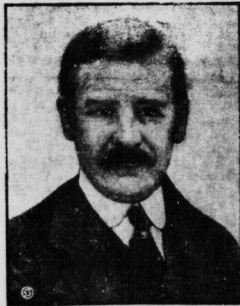
Beherrschend benötigte ausländische Industriearbeiter 112 000

Zusammen 840 000

Försting gibt an, daß er sich dabei einerseits auf amtliches Material, andererseits auf Ermittlungen des Reichsbanners stützt. Selbst diese Zahlen hält er für zu niedrig, wie sich aus seiner mehr zu Anfang des Artikels gemachten Erklärung ergibt: „Die Zahl der ziffermäßig nachweisbaren ausländischen Arbeiter beträgt nämlich mindestens 840 000 höher aber eine runde Million und mehr.“ Försting begründet in dem Aufsatz ganz darauf, diese aufzählenden Behauptungen zur Disambiguierung einer Gegenpartei aufzuführen, erwähnt aber in seiner Bilanz, wie er sich die Abgleichung dieser 840 000 und mehr Ausländer denkt. Wenn er nicht nur Demagogie, sondern pflichtgemäßiger Beamter sein möchte, würde er gleichwohl die wirtschaftliche und die sozialpolitische Seite des Problems erklären und die Lösung nennen.

Er magte also einmal den Reichweiss führen, daß die von ihm behauptete Mangelmenge ausländischer Arbeiter ohne untragbaren Schaden für unsere Wirtschaft, insbesondere für die unrentable in allerhöchster Weise lebende Landwirtschaft, durch deutsche Arbeiter ersetzt werden kann. Um diese Pflicht brüderlich zu erfüllen, muß er sich bemühen, die noch viel schwerer zu lösende sozialpolitische Seite der Frage auch zu erschließen. Hier käme es natürlich in Widerspruch mit unserer gesamten bisherigen, im Grunde rein sozialistischen Außenpolitik und müßte Lösungen vorschlagen, wie sie gerade die von ihm angeführten Deutschlandern vorschlagen. Denn die Pflicht der Bevölkerung und Verbindung mit Polen — dem Hauptlieferanten der ausländischen Arbeiter — macht ein Abbrechen dieser 840 000 gar glatten Unmöglichkeit.

Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß sich die Deutschlandern und der Landbau auf das allerhöchste mit der Entschädigungsmöglichkeit der ausländischen Landarbeiter befassen. Um nur ein einziges Beispiel aus unserer eigenen Heimat zu nennen: die Krümmenbauern in der beißige deutsche nationale Landwirtschaftsminister Dr. Schiele, Raumburg, eine führende Rolle spielt, und der die nationalen Bedürfnisse der Landbau und die Deutschlandern Partei mit größter Sympathie gegenübersteht, hat als nächstes praktisches Ziel gerade diese Entschädigungsmöglichkeit der polnischen Landarbeiter zu klären.



Sir Ronald Vinlay,

der neue englische Botschafter in Berlin. An Stelle des ausscheidenden Lord d'Abernon, der besonders an der Doornikpolitik stark beteiligt ist, ist Sir Ronald Vinlay ernannt; er war ebenso wie Lord d'Abernon vorher Botschafter in Konstantinopel.

Ende des englischen Streits?

Die Streitigkeit der englischen Kohlenarbeiter hat für Sonntag geheime Delegiertenkonferenzen einberufen. Dem Benehmen zufolge steht auf der Tagesordnung die Liquidierung des seit drei Monaten dauernden Kohlenarbeiterstreiks. Die Londoner „Daily Mail“ meldet: Die Beendigung des Streiks würde einbringt ist das Ausbleiben der Comjuteunterstützungen.

Die Entwaffnungsnoten. Die Ententeregierungen wähen Bescheid!

Die Pariser „Matin“ und „Echo“ widerlegen den Meldungen, daß die Ententeregierungen an Deutschland von General Weich das vorletzige Schreiben der Ententeregierung erhalten werden seien. General Weich

